blickpunkt
481 1/2011
www.dkp-mw.de
Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

# Schuldenbremse heißt Sozialabbau

Im Landtag wurde von CDU, FDP, SPD und den Grünen beschlossen, eine sogenannte „Schuldenbremse" in der Hessische Verfassung zu verankern. Nur die Linkspartei war gegen dieses Vorhaben und stimmte dagegen.
Dagegen sind auch aus guten Gründen die Gewerkschaften, der Beamtenbund, Wohlfahrtsverbände und Kirchen - sie alle sehen in der Schuldenbremse kein geeignetes Instrument, um die Finanzen des Landes zu stabilisieren. Auch viele Wissenschaftler äußern erhebliche Zweifel daran.

Die Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung bedeutet, einen Blankoscheck für zukünftigen Sozialabbau auszustellen. Um nichts mehr oder weniger geht es bei der Volksabstimmung am kommenden 27. März - zeitgleich mit der Kommunalwahl.
Die Schuldenbremse wird dazu führen, dass notwendige Investitionen in Bildung, Kultur, Justiz oder die Mitfinanzierung der Kommunen weiter massiv eingeschränkt werden oder einfach unterbleiben, Gebühren erhoben oder erhöht und weitere bisher öffentliche Aufgaben einfach gestrichen oder privatisiert und somit teuer werden. Das ist Sozialabbau. Verlierer sind Kinder und Jugendliche, Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, Menschen, die auf Unterstützungsleistungen angewiesen sind. Renterinnen, Rentner und Kranke. All diese Menschen haben für die Steuersenkungen der vergangenen Jahre bereits mit Einbußen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen, bei der Rente und durch höhere Steuern und Abgaben bezahlt. Mit der Schuldenbremse in der Verfassung wird dieser Sparkurs zulasten der Mehrheit der Menschen zementiert.

Zur letzten Stadtverordnetenversammlung hatte die DKP/LL einen Protest-Resolutionsantrag zum Thema Schuldenbremse eingebracht.
Der kommt schon durch, könnte man meinen. Immerhin, der eine oder andere Stadtverordnete ist doch Mitglied im DGB, bei Verdi, aktiv in der Kirche und den anderen Organisationen, die protestierten.
Doch die hiesigen Parlamentsvertreter von SPD und Grünen, selbstverständlich gemeinsam mit der CDU und der FDP, bügelten den Antrag der DKP/LL ab.

Nun sahen wir schon, dass auf einer Protestveranstaltung in Wiesbaden der eine oder andere SPD-Bürgermeister dabei war. Aber wenn's ernst wird und die Parteioberen anders entscheiden, dann kneifen sie. „Städte und Gemeinden in Not - Kommunal ist nicht egal!" - unter diesem Motto hatte man protestiert. Alles vergessen!
Wir brauchen eine grundlegende Gemeindefinanzreform, die die Einnnahmenseite der Kommunen stärkt und damit finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden wieder herstellt. Wir brauchen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine stärkere Besteuerung von Unternehmens- und Zinsgewinnen und keine Schuldenbremse.

# Bundeswehr raus aus Afghanistan

Soldaten der Bundeswehr bleiben auf unbestimmte Zeit am Hindukusch stationiert. Das ist das einzig Konkrete, was Außenminister Guido Westerwelle in seiner Regierungserklärung im Dezember im Bundestag sagte. Westerwelle sagte lediglich, nach 2014 sollten keine deutschen Kampftruppen mehr im Einsatz sein. Die „Verantwortung für die Sicherheit" solle bis dahin komplett an die afghanische Polizei und Armee übergeben werden, die Bundeswehr aber dennoch am Hindukusch bleiben.

Da versteht man schon die Inszenierung Karl-Theodor zu Guttenbergs (CSU) mit seiner Ehefrau. Die beiden priesen den Kriegseinsatz und sich am Hindukusch. Auch TV-Moderator Johannes B. Kerner gehörte zur offiziellen Delegation. Sein Sender ließ mit viel Aufwand eigens ein Studio ins Krisengebiet fliegen, um eine Sendung mit dem Minister vor Soldatenkulisse aufzuzeichnen. Die Presse: Der Überraschungsbesuch hätte „Symbolwert". Dieser sei „eine Art Dankeschön für den Dienst der deutschen Soldaten". Seine Frau Stephanie war den Berichten zufolge für die Versehrten im Feldlazarett und die Soldatinnen zuständig.

Sagen wir es deutlich, es war ein unangemessener peinlicher Auftritt. Die Aktion mit Gattin und Talkshow-Troß verbessert weder die Lage im Land, noch macht sie den von der klaren Mehrheit der Deutschen abgelehnten Bundeswehreinsatz richtig.

Die Soldaten wurden doppelt mißbraucht: für einen falschen Krieg und als Staffage auf den heimatlichen Bildschirmen. So nett sich Frau zu Guttenberg auch machte, den Toten von Kundus ist es egal, ob man über sie geht oder würdevoll schreitet.

# Protokoll des Leichtsinns

Manche Sachen kommen ganz spät heraus. Die „ZEIT" deckte einen vetuschten Skandal auf, der direkt vor unserer Haustür passierte.

Als RWE-Vorstandsmitglied Franz Josef Spalthoff Ende Februar im Atom-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zu dem Störfall Stellung bezog, der Ende 1987 im RWE-Kernkraftwerk Biblis Block A stattgefunden hatte, aber erst ein Jahr danach bekannt gemacht worden war, beteuerte er in seiner einführenden Erklärung: „Wir haben umgehend entsprechende Konsequenzen gezogen."

Schon wenige Tage nach seiner Zeugenaussage sollte sich zeigen, dass Spalthoffs „umgehende" Konsequenzen - Nachschulung des Personals, technische Verbesserung am Kraftwerk und die Bereitstellung zusätzlichen Sicherheitspersonals - mit ziemlich genau zehnjähriger Verspätung gezogen worden sind.

Denn was sich zwischen dem 16. und 17. Dezember 1987 im KKW Biblis Block A abgespielt hat und das Kraftwerk durch ein nicht geschlossenes Absperrventil an den Rand „eines nicht beherrschbaren Störfalls" (TÜV Bayern) brachte, ist lediglich die Wiederholung eines Vorgangs, der schon einmal am gleichen Ort stattgefunden hat, am 20. Oktober 1978. Auch damals führte ein undichtes Absperrventil zu einem Störfall mit „erhöhter Abgabe von Radioaktivität". Im Unterschied zum Störfall von 1987 wurde die „Undichtigkeit" damals rasch erkannt, und die Gegenmaßnahmen wurden bei abgeschalteter KKW-Anlage durchgeführt. Nach Bekanntwerden des zehn Jahre alten Störfalls bleibt festzuhalten: Die bisherige Behauptung, dass der „gravierende Störfall vom Dezember 1987 ein einmaliger Ausrutscher" war, ist falsch. Die Öffentlichkeit wurde einmal mehr hinters Licht geführt.

**Immer mal an den „blickpunkt" denken!**

# Wie es ihr gefällt . . .

Ministerin von der Leyen (CDU) malt sich die Welt, wie sie ihr gefällt. Zu dem viel beschworenen Aufschwung gehört natürlich eine ebenso positive Arbeitsmarktstatistik Wunsch und Wirklichkeit klaffen dabei weit auseinander:

Die offizielle Zahl von 2.931 Millionen Arbeitslosen im Monat November ist ein Trugbild. Ohne statistische Taschenspielertricks liegt die Arbeitslosigkeit mit 4.086.431 Millionen deutlich über den Zahlen der Arbeitsagentur. Arbeitslose über 58 Jahren, 1-Euro-Jobber sowie Arbeitslose in Weiterbildung und Eingliederung werden in der offiziellen Statistik einfach „vergessen".

Die Arbeitsmarktpolitik der Ministerin beschränkt sich darauf, Arbeitslose in irgendwie bezahlte Tätigkeiten zu bringen. Das bedeutet überwiegend prekäre Beschäftigung, Mini- und Midi-Jobs, die zusätzlich mit Hartz-IV-Leistungen gestützt werden müssen und Leiharbeit. Statt aktiver Arbeitsmarktpolitik, die nötig wäre, um Menschen in existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen, wird am Etat gekürzt.

**Der „blickpunkt" freut sich auf Leserbriefe!**

# Luftnummer Hartz-IV-Paket

Der Eindruck, das schwarz-gelbe Paket sei besser als nichts, täuscht. Das Paket bedeutet u.a. 73 Euro weniger für erwachsene Behinderte. Verantwortlich dafür ist eine neue Regelbedarfsstufe 3, wonach erwachsene Hilfebedürftige, die mit anderen Erwachsenen zusammenleben, nur 80% des Regelsatzes bekommen - obwohl keine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt. Dadurch drohen enorme Verschlechterungen für erwachsene Leistungsberechtigte, die auf Grund ihrer Behinderung bei ihren Eltern leben und die nun nicht als eigenständige Bedarfsgemeinschaft angesehen werden. Infolgedessen bekommen sie nicht den vollen Regelsatzsatz, sondern nur 80 Prozent.

# Linke Opposition bleibt notwendig!

DKP
LINKE LISTE

## Kandidatur beschlossen Kandidatenliste gewählt

Die Wahlversammlung der DKP/Linke Liste hat am 3. Dezember beschlossen, dass die Wählergruppe DKP/Linke Liste ihre Arbeit fortsetzt und zur Gemeindewahl in Mörfelden-Walldorf am 27. März 2011 einen Wahlvorschlag einreicht.

Auf der Liste stehen folgende 23 Kandidatinnen und Kandidaten:

Gerd Schulmeyer, Leo Spahn, Helga Fritz, Yusuf Hazir, Alfred J. Arndt, Hagen Helbig, Ines Fellner, Thomas Wilker, Jörg Cezanne, Mark Steinbrück, Sebastiano Rapisarda, Dietmar Treber, Werner Gernandt, Angela Kolbe, Peter Knodt, Petra Umber, Rudolf Dötsch, Erich Schaffner, Ludwig Hechler, Thorsten Müller, Heinz Hechler, Friedl Küspert, Rudi Hechler.

**Tüchtig**

Da hat der Herausgeber aber tüchtig zugelangt. In der „OZ-Aktuell", Nr. 50 war SPD-Bürgermeister Becker gleich 13 mal mit einem Foto vertreten.
Das „Neue Deutschland" war aber noch tüchtiger, als es im März 1987 anlässlich der Eröffnung der Leipziger Messe, 41 Fotos von Erich Honecker beim Besuch der Messestände abdruckte. TäTää!

Die letzte Stadtverordnetenversammlung 2010. In der Aussprache zum Haushaltsplan sagt der SPD-Sprecher, eine ungerechte Steuerpolitik habe große Löcher in den städtischen Haushalt gerissen. Das stimmt.
Ein paar Anmerkungen sind trotzdem nötig: Jeder aufmerksame Zeitgenosse merkt, die SPD wird mal wieder radikaler. Die LINKE im Nacken, die Umfragewerte im Keller, in Berlin nicht mehr an der Futterkrippe und da steht auch noch die Kommunalwahl an. Da muss man doch mal wieder „auf den Putz klopfen". Wir erinnern deshalb an ein paar Tatsachen: Die heutige soziale Ungleichheit ist vor allem die Bilanz von zehn Jahren SPD/Grüner Bundesregierung. Unter Gerhard Schröder betrieb sie das Ende der „sozialen Marktwirtschaft". Mit der Agenda 2010 verursachte und verschärfte die SPD-Grüne Bundesregierung die riesigen sozialen Unterschiede in Deutschland. Vor allem „Hartz IV" wurde zum Alptraum der Arbeitslosen und auf staatliche Unterstützung angewiesene Menschen. Mit der Riesterrente schuf sie einen weiteren Baustein zur Ungleichheit: die Altersversorgung wurde entsolidarisiert und teilweise privatisiert. Dafür aber Freiheit für das Kapital: SPD und Grüne ermöglichten die Deregulierung der Finanzmärkte. Ende 2001 beschlossen SPD und Grüne das vierte Finanzmarktförderungsgesetz. Es sollte angeblich den Anlegerschutz verbessern. Tatsächlich wurden die Beschränkungen für den Börsenhandel gelockert. Die Anlagemöglichkeiten für Fonds wurden erweitert und der Derivatehandel auch im Immobiliengeschäft gestattet. Für Gewinne aus Finanzgeschäften gab es Steuerbefreiungen und für Finanzinvestoren wurden alle Schleusen geöffnet.Ab 2003 liess das Investmentmodernisierungsgesetz die Heuschrecken in Deutschland zu.
Die CDU applaudierte. In der Großen Koalition setzte sie mit der SPD den Kurs gegen die „kleinen Leute fort". Rente mit 67 und Mehrwertsteuererhöhung brachten die Sozialdemokraten ein. Banken und Konzerne rieben sich die Hände. Spekulanten machten Riesengewinne, bis die Blase platzte. Milliarden mussten bereits aufgewendet werden, um die größte Finanzkrise aller Zeiten abzuwenden.
Jetzt stellt die SPD in örtlichen Zeitungsanzeigen und im Parlament soziale Forderungen, gegen die sie in den letzten Jahren im Bundestag regelmäßig gestimmt hat. Die Sozialdemokraten haben gegen die Börsenumsatzsteuer, gegen den allgemeinen Mindestlohn, gegen die Anhebung des Spitzensteuersatzes gestimmt. Und sie halten am Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan fest, den sie einmal angefangen haben. Die Grünen stehen dem in nichts nach. Wir nennen das: Links blinken und rechts abbiegen! SPD und Grüne brauchen noch mehr Druck von links. Die DKP/LL sagt: Linke Opposition bleibt notwendig! Sie haben die Wahl. Gerd Schulmeyer

## Herzliche Einladung zum Neujahrsempfang

**Sonntag, 9. Januar 2011, 11 Uhr**
**Bürgerhaus Mörfelden, Gesellschaftssaal**

Es spricht u.a.: Hermann Schaus, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag.

Es spielen die "Flying Kerschgass Brothers".

*Veranstalter:*
*DIE LINKE. Ortsverband Mörfelden-Walldorf, Kreistagsfraktion Die Linke.Offene Liste.*

# Schlichterspruch inakzeptabel

Mit dem eindeutigen Bekenntnis des Schlichters Heiner Geißler zum Bau des Tunnelbahnhofs Stuttgart 21 plus, zeigten er und seine Hintermänner ihr wahres Gesicht. Die ökonomischen Interessen der Bahn, der Banken und Spekulanten, der Immobilienhaie und der Baukonzerne sind wichtiger als die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in der Region.
Geißler, dieser alte Fuchs der Bourgeoise, wäre nicht Geißler, hätte er deren Milliardenprojekt zu Fall gebracht. Kapitalinteressen sind ihm wichtiger als demokratische Mitentscheidungen, Bürgerentscheid und Volksbefragung, wichtiger als ein Bau- und Vergabestopp für dieses verkehrspolitisch unsinnige und ineffektive Bahnprojekt. Artig und zufrieden bedankten sich der Ministerpräsident von Baden Württemberg Mappus und der Bahnchef Grube bei Heiner Geißler. Der von den Grünen hofierte und vorgeschlagene „Schlichter" Geißler wurde von der Landesregierung „gerne aufgegriffen". Sie war sich gewiss, ein Geißler, der mehr als ein Jahrzehnt in den politischen Machtzentralen der CDU mitmischte, lässt seinesgleichen nicht im Stich. Viele, die Illusionen in die Schlichtung, den Schlichter und Schlichterspruch hatten, wurden enttäuscht und sind empört. Auch wenn der Schlichterspruch völlig inakzeptabel ist, überraschend kam er nicht. Mit der Entscheidung S21 als S21 plus mit Mehrkosten fortzuführen, zerstörte Geißler die Hoffnung derer, die ein Votum gegen Stuttgart 21 und für den Erhalt und die Modernisierung des Kopfbahnhofes erwartet hatten. Die DB AG war nicht bereit zu verzichten - wenn sie „freiwillig" dazu nicht bereit ist, muss sie durch die Verstärkung des außerparlamentarischen Widerstandes gezwungen werden. Das erscheint als einzige Möglichkeit, S21 nicht nur „theoretisch zu torpedieren" sondern praktisch zu verhindern. Der Verlauf der Schlichtung und der Schlichterspruch bestätigen, S21 kann nicht am grünen Tisch, sondern nur durch den außerparlamentarischen Widerstand verhindert werden.
Dieser Widerstand war es, der den bisher einmaligen Vorgang einer öffentlichen Schlichtung erzwungen hat. Nicht von ungefähr warnen die Regierenden, dass solche Formen von Bürgerbeteiligungen in Zukunft „Schule machen könnten". Die Bundeskanzlerin macht sich Sorgen:
„Wenn dieses Projekt nicht realisiert wird, dann würde es dazu kommen, dass wir als nicht mehr verlässlich gelten", erklärte sie beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Die CDU geführte Bundesregierung nicht mehr verlässlich fürs Kapital? Das konnte und wollte Geißler nicht zulassen.

> Es ist der älteste Trick der Bourgeoisie, den Wähler frei seine Unfreiheit wählen zu lassen, in dem man ihm das Wissen um seine Lage vorenthält. Das was jemand braucht, um seinen Weg wählen zu können, ist Wissen. Was kommt dabei heraus, wenn man einen Mann, der weder Notenlesen noch Klavierspielen lernen durfte, vor ein Klavier stellt, und ihm die freie Wahl über die Tasten lässt?
>
> Bertolt Brecht

# Mehrheit für „Militäreinsatz" in der Schule

Teilweise erregte Debatten gab es zum Antrag der DKP/LL-Fraktion „Keine Bundeswehr in der Bertha-von-Suttner-Schule" in der Stadtverordnetenversammlung. SPD und CDU empörten sich und wiesen jede Kritik am Auftreten von Soldaten in der Schule zurück.
Im Übrigen sei das eine reine „Schulangelegenheit", in die sich die Stadtverordnetenversammlung und die Stadt nicht einzumischen habe. SPD-Sprecher Müller sagte unter dem Beifall der CDU, dass die Bundeswehr in keiner Weise mit den imperialistischen Armeen zur Zeit der Bertha-von-Suttner zu vergleichen wäre und warb um Verständnis für Militäreinsätze im Interesse der Menschlichkeit. Nur vereinzelte Grüne - und die zum Teil auch nur teilweise - stimmten mit der DKP/LL-Fraktion.
Die große Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung sagt zu Soldaten in der Schule offenbar „Ei guude wie".
Wir halten das auch weiterhin für falsch und bleiben an dem Thema dran. Die publikumswirksame Präsentation des Kriegsministerpaares und der Afghanistan-Truppe in den Zeitungen und im vorweihnachtlichen Fernsehprogramm ist ein Grund mehr.
GS

## Verbesserung für Wasser-und Schafgasse?

Für das Problem in der Wasser- und Schafgasse mit den immer wiederkehrenden Überschwemmungen und vollgelaufenen Kellern zeichnet sich jetzt eine Lösung ab. Der Generalentwässerungsplan ist in Auftrag gegeben und ein Projekt wird vorgezogen. Im Oktober 2011 könnte eine Regenwasserentlastungsanlage in der Brückenstraße in Betrieb gehen und Überflutungen in diesem Bereich verhindern. Das ganze muss der Regierungspräsident noch genehmigen. Soweit die Aussagen des Leiters der Stadtwerke Herr Durda im Umweltausschuss.
Hoffen wir, dass die Planer recht behalten. Die Bewohner der beiden Straßen, die in zwei Jahren fünf mal Hochwasser hatten, haben es verdient endlich Ruhe zu bekommen und nicht bei jedem Regen die Angst auszuhalten, dass ihre Keller wieder volllaufen. Dieses Beispiel zeigt, dass manchmal Beharrlichkeit angesagt ist. Die Anwohner haben sich Gehör verschafft und haben Sitzungen des Stadtparlaments besucht. Die DKP/LL-Fraktion hat sich von Anfang an der Sache angenommen und Ortsbesichtigungen durchgeführt. Ihre Stadtzeitung „blickpunkt“ hat in fünf Artikeln das Thema aufgegriffen, Lösungen und Ursachen aufgezeigt und die Bevölkerung aufgeklärt. Außerdem hat die Fraktion die entsprechenden Anträge im Parlament eingebracht. Die Reaktionen der Verwaltung, des Bürgermeisters und der beiden Parteien in der örtlichen Koalition SPD und Grünen waren schwach. Der Bürgermeister meinte noch vor einem Jahr in einem Brief an die Anwohner, sie sollten sich selbst schützen. Die SPD meinte noch Anfang 2010 zum DKP-Antrag zur Behandlung dieses Themas: „Dazu wäre kein Antrag notwendig gewesen“ und lehnten ihn ab.

Heinz Hechler

## CDU für Vereine?

Die Vereinsbezuschussungssatzung und die Leistungen darüber hinaus in unserer Stadt sind fortschrittlich vergleicht man sie mit anderen Kommunen. Diese freiwilligen Leistungen beziffern sich auf ca. 1,8 Mill. Euro pro Jahr. Es ist natürlich nichts so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Aber per Antrag zu fordern, dass die Vereinsförderung um weitere 200.000 Euro zu erhöhen ist, ist blankes Wahlkampfgerede. Bei den Anschreiben an die Vereine quasi unter dem Motto: Seht her, wir wollen euch Gutes tun, verschweigt die CDU natürlich die Mitteilung woher das Geld kommt. Als Ausgleich soll gekürzt werden bei der Jugendförderung, Kultur- und Musikveranstaltungen, VHS, Museen. Darüber hinaus sollen Straßensanierung, Obdachlosenwohnungen, Mobiliar im Jugendzentrum, Ausbau des Walldorfer Bahnhofs etc. zeitlich auf die lange Bank geschoben werden. So als wäre in den nächsten Jahren die Haushaltslage rosiger als heute. Die öffentliche Hand hat kein Ausgaben- sondern ein Einnahmeproblem. Wenn man die Reichen des Landes entlastet, die Auswüchse der Finanzmärkte nicht reguliert, braucht sich keiner wundern, dass die Armen ärmer und Mittel für soziale Dinge fehlen. R. Dötsch

## Prüfung der kleinen Turnhalle

Unser Antrag zum Haushalt zur Prüfung des Sanierungsbedarfs für die kleine Turnhalle auf dem Mörfelder Festplatz fand einstimmige Zustimmung. Erstaunlich, weil gewöhnlich die Anträge der Opposition stets abgelehnt werden. Die Turnhalle, 1968 erbaut, weist viele Mängel auf. Das betrifft die Nassräume, den Fußboden, Fenster, die Inneneinrichtung incl. der Sportgeräte. Die Verwaltungsspitze bestätigte die Mängel und versprach, dass der ganze Bau einer Prüfung unterzogen wird, weil ja auch die Wärmedämmung auf dem Stand der 60er Jahre basiere. Damals kostete das Heizöl noch 10 bis 15 Pfennig. Nach der Prüfung wird sich zeigen, ob sich eine Sanierung rentiert oder ein Neubau notwendig wird.

## LESERBRIEF

Ei, guure wie?
das Wasser stand bis an die Knie.

An einem Samstag in der Nacht
hat Gott der Herr uns nass gemacht!
Am schlimmsten war's - das ist kein Spaß -
stand's Wasser in der Wassergass.
Das Parlament hat nachgedacht -
die Wassergass wird überdacht.

Am Dalles - das ist zu begrüße -
gabs wieder einmal nasse Füße.
Dagegen gibts - nun hört gut zu -
im Café kostenlose Gummischuh.
Und im Steinweg - ich sags nebenbei -
Spricht man von einem Bootsverleih.
Der Bürgermeister - das find ich schön -
fährt mit als erster Kapitän.

Bei den Banken - nun das ist kein Spaß -
waren sämtliche Banknoten nass.
Am Sozialamt zum Trocknen aufgehängt,
so etwas hat kein Mensch verpennt.
Ich sag es Euch ganz unumwunden:
bereits am Abend waren sie verschwunden.
So hat das Wasser über Nacht
so manchem Menschen Glück gebracht.

Bei Hochwasser, ich bin von den Socken,
läuten jetzt die Kirchenglocken.
Die Feuerwehr, so wird berichtet,
wird mit Schwimmflossen ausgerüstet.
Und so gibt auf allen Wegen
unser Herr Pfarrer seinen Segen.

In diesem Sinne, ihr lieben Leute,
hab ich am Hochwasser meine Freude.

Und die Moral von der Geschicht:
Das sieht man gleich wohin das führt,
wenn man die Welt zu betoniert.

Herbert Völker

Mitmachen bei der
DKP
LINKE LISTE
Telefon 23366

# KOMMUNALES

## Ärztliche Versorgung von „Kassenpatienten" sicherstellen

Die Stadtverordnetenfraktion DKP/ Linke Liste Mörfelden-Walldorf forderte in einem Dringlichkeitsantrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich die Gesundheitskommission einzuberufen und die Sicherstellung der ärztlichen Betreuung und Versorgung der gesetzlich krankenversicherten Bevölkerung zu beraten. Mit der Kassenärztlichen Vereinigung ist unverzüglich über eine Lösung zu sprechen, wie die von der Schließung der Kassenarztpraxis Dr. Geiß zum 1.1.2011 betroffenen Patientinnen und Patienten wieder zu einem „Hausarzt" kommen."

In der Begründung heißt es: Zum 1.1.2011 hat die Praxis Dr. Geiß mitgeteilt, dass zumindest bis Ende Juni 2011 keine Kassenpatienten mehr behandelt werden. Wie man hörte, wollen oder können andere Hausärzte die Patientinnen und Patienten nicht aufnehmen. Einmal mehr wird deutlich, dass die Unzulänglichkeiten des Gesundheitswesens auf dem Rücken der Kranken und Schwachen ausgetragen werden und die ärztliche Versorgung von „Kassenpatienten" in Frage gestellt ist.
Wir halten es für dringend notwendig, diesen Sachverhalt in der Gesundheitskommission zu erörtern und alles zu tun, um die ärztliche Versorgung und Betreuung der betroffenen Patientinnen und Patienten in unserer Stadt sicherzustellen.

*Die Befassung der Gesundheitskommission wurde beschlossen. Der zweite Satz des Antrags wurde auf Betreiben der SPD gestrichen. - Offenbar will man nicht mehr tun als unbedingt nötig.*

## DKP/LL will Belege für Mißbrauchsvorwurf sehen

Auf Antrag der DKP/Linke Liste wird ein Ausschuss eingesetzt, der zum Umfang der Inanspruchnahme von Einzelunterricht durch Stadtpassinhaber Einsicht in Unterlagen der Musikschule und des Sozialamts zu nehmen soll. Hintergrund ist der vom Bürgermeister und Ersten Stadtrat mehrfach erhobene Vorwurf, das kostenlose Unterrichtsangebot sei in nicht hinnehmbarem Umfang mißbräuchlich in Anspruch genommen worden.

## „Kundenzufriedenheit" 6 !

Gelbe Säcke zur Sammlung der Wertstoffe gibt's im Stadtbüro Mörfelden nur donnerstags . Allein das ist schon eine ziemliche Zumutung. Aber es kommt noch „besser".
Jeweils um 12 und um 17 Uhr steht ein wohl zu knappes Kontingent dieser Säcke zur Verfügung.
Am Donnerstag, 25. November, 14.30 Uhr, hieß es: das „12-Uhr-Kontingent" sei bereits vergriffen. Die nächste Ausgabe sei um 17 Uhr.
Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, daß die Fa. Meinhardt die Lieferung der Säcke um 2/3 reduziert hätte.
Offensichtlich haben es die Verantwortlichen im Rathaus nicht für notwendig gefunden, diesen Zustand abzustellen.
Stattdessen nötigt man die Bürger, pünktlich zu den Ausgabezeiten auf der Matte zu stehen, um die „begehrte Ware" zu erhalten.
Somit degradiert man gedankenlos Menschen zu Bittstellern und sichert einem Privatunternehmen noch zusätzliche Profite. *Ernst Hechler*

VORANKÜNDIGUNG

DISKUSSION

## Militär in der Schule?

mit
Christine Buchholz,
Bundestagsabgeordnete,
friedenspolitische
Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE

**Donnerstag,**
**3. Februar 2011**
**20.00 Uhr**

**Bürgerhaus Mörfelden,**
**Gemeinschaftssaal**

Es laden ein:

DIE LINKE.
DKP
DKP/Linke Liste
Mörfelden-Walldorf

ANZEIGE

## Schule im Dritten Reich

Die Abiturarbeit von Lena Kalinowsky und Jana Hechler, die vor zwei Jahren mit dem Wilhelm-Hammann-Preis ausgezeichnet wurde, ist nun in Buchform erschienen. Diese Arbeit mit Zeitzeugeninterviews ist ein besonderes Dokument über die Zeit von 1933 bis 1945.
Das Buch ist für 10,- € im Heimatmuseum Mörfelden oder unter Tel. 33166 zu erwerben.

## Castor-Transporte, Stuttgart 21, Proteste am Flughafen Frankfurt . . .

Wer die Bilder von Stuttgart gesehen hat, erinnerte sich an die Zeit der Auseinandersetzungen um die Startbahn/West.

Ganz normale Bürger, Schüler und Rentner waren jeweils bei den Protesten.
Die sich gegen das Milliardengrab Stuttgart 21 wehrten, standen wie wir in unserem Wald im Fadenkreuz der Wasserwerfer.
Die gleichen Bilder aus dem Wendland: Mit Knüppeln, Wasserwerfern und Pfefferspray geht die Polizei gegen Atomkraft-Gegner vor, darunter viele Bauern aus der Umgebung.
Rund 2200 Pfefferspray-Kartuschen wurden während des Castor-Transportes auf Demonstranten versprüht. Schon die Dimension dieses Reizgaseinsatzes zeigt, welcher Polizeigewalt die Demonstranten ausgesetzt waren. Im Wendland war sogar eine Aufklärungsdrohne der Polizei im Einsatz, um die Proteste aus der Luft zu überwachen.

Man sieht: Wenn Bürgerinnen und Bürger von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch machen, riskieren sie nicht nur, unter extremistischen Generalverdacht gestellt und durch die Aufnahme in Gewalttäterdateien stigmatisiert zu werden, sondern sie setzen auch ihre Gesundheit aufs Spiel.
Wasserwerfer sind gefährliche Waffen, die schon mehrere Demonstranten das Augenlicht gekostet haben.
Jetzt will die Bundesregierung alle 78 Wasserwerfer der Bundes- und Bereitschaftspolizeien durch ein noch stärkeres, nahezu panzerartiges Gefährt austauschen.
Die Staatsmacht rüstet auf. Sie setzt auf ein Klima der (Terror-)Angst, auf Aufrüstung des Staatsapparates und auf internationale Kooperation: Die Polizeibehörden tauschen schon lange ihre Daten aus, der Castor-Einsatz zeigte, dass sich die Staatsmächte auch ihre Polizeikräfte ausleihen.
Wir sollten uns nicht einschüchtern lassen.

### Fluglärmkommission fordert Nachtflugverbot

*Die Bundesregierung will die Durchsetzung „wettbewerbsfähiger Betriebszeiten" an den deutschen Flughäfen. Gemeint ist damit die Ausweitung der Nachtflugbewegungen.*
*Mitgliedern der Fluglärmkommission war bekannt geworden, dass das Land Hessen eine solche Änderung entgegen früherer Bekenntnisse im Bundesrat aktiv unterstützte. Anträge der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Bundesrat, die auf die Sicherstellung des Schutzes der Nachtruhe zielten, wurden vom Land Hessen abgelehnt.*
*Der Fluglärmkommission, ist diese Haltung gänzlich unverständlich. „Trotz fortwährendem Bekenntnis zum Mediationsergebnis tut das hessische Wirtschaftsministerium derzeit alles, um ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen zu verhindern. Will die politische Führung Hessens einen völligen Glaubwürdigkeitsverlust noch verhindern, dann muss sie nunmehr eindeutig erklären, dass sie alles unterlassen wird, was einem Zustandekommen des Nachtflugverbotes zuwiderlaufen könnte – und auch so handeln", heißt es in einer Stellungnahme der Kommission.*
*Die Haltung der Landesregierung zum Nachtflugverbot sei ein Prüfstein dafür, ob es das Land mit seinen Bemühungen um Minderung des Fluglärms tatsächlich ernst meint.*

## Späte Erkenntnis

*In der „Frankfurter Rundschau" stand ein interessanter Beitrag von Prof. R. Behr. Er lehrt Polizeiwissenschaften an der Hochschule der Polizei Hamburg. Auszüge:*

Als ich in meinem ersten Beruf gerade mal sechs Jahre gearbeitet hatte, wurde ich als Polizist zur Startbahn West geschickt. Als Legitimationsgrundlage für den Polizeieinsatz hat man uns jungen Leuten nicht viel mehr an die Hand gegeben als eine Hochglanzbroschüre der Flughafen Aktien Gesellschaft (FAG) und den Hinweis, dass alles rechtlich abgesichert sei, und die Polizei die Aufgabe habe, das Hausrecht der FAG durchzusetzen. Was wir dann in und um Mörfelden-Walldorf erlebten, waren wütende Einwohner, die eine Reihe von Ohnmachtserfahrungen schon hinter sich und für unser Obrigkeitsdenken überhaupt kein Verständnis mehr hatten. Ich habe dort zum ersten Mal Demonstrantinnen und Demonstranten gesehen, die meine Eltern und Großeltern hätten sein können, und die uns offen aufforderten, die Seiten zu wechseln. Ich begann mich manchmal zu schämen und ertappte mich dabei, wie ich zunehmend sprach- und argumentationsloser wurde.

Mit den Bildern aus Stuttgart vor einigen Wochen hatte ich ein Déjà-vu-Erlebnis. Es waren dieselben jungen Leute in hochaufgerüsteter Einsatzmontur, die älteren Menschen sprachlos und mit heruntergelassenem Visier gegenüberstanden, die ihre Lehrer, Eltern, Verwandte, Großeltern hätten sein können. Und es gab wieder nicht nachvollziehbare gewaltsame Räumungen. Mit diesen „Bürgerdemonstrationen" geraten viele Polizisten in einen inneren Konflikt, denn sie stehen nicht „Chaoten" oder dem „Schwarzen Block" gegenüber. ... Die gesellschaftliche Stimmung hat sich verändert ... Aus Stuttgart lernen wir, dass es nicht so weit her ist mit dem Begriff „Bürgerpolizei". ...

# Stadtgeschichten

*Ein nebelgrauer Januartag Ende der 1950er Jahre. Wilhelm Arndt, in Mörfelden auch „De Bub" genannt, kam spät nachmittags mit seinem Traktor und zwei Anhängern, schwer beladen mit dicken Eichenstämmen, am Oberforsthaus in der Mörfelder Langgasse vorbei. Er wird sich nochmals nach der Adresse des Käufers der Stämme erkundigt haben. Sehr wahrscheinlich handelte es sich um einen Küfermeister, der daraus Fassdauben für Eichenfässer schnitt. Die beiden Stämme waren von einer mehrere hundert Jahre alten Eiche aus dem Wald unserer Umgebung. Die Holzmacher, heute Forstarbeiter, hatten damals bestimmt große Mühe solche Baumriesen wie auf unserem Foto - mit einem unteren Stammdurchmesser von ca. 1,60 Meter - zu fällen. Es gab noch nicht die modernen Motorsägen von heute, sondern sie mussten sich noch stundenlang mit Trummsäge (Schrot- oder Zugsäge), Bogen- oder Bügelsäge und mit Axt, Schlage und Keil abquälen. Wilhelm Arndt hatte nicht nur das Fuhrgeschäft mit seinem Traktor, einem schweren Lanz-Bulldog, sondern betrieb noch eine Dreschmaschine, die im Sommer an der Langener Straße stand und im Herbst zu den Bauern ins Ried gebracht wurde. Vor seinem Traktor stehend sehen wir Wilhelm Arndt und rechts daneben Georg Petermann, damals auf dem Forstamt beschäftigt.*

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

**Cocktailabend: Samba de Janeiro**
Freitag, 7. Januar, 20 Uhr

**Ab Indie Kneipe**
Freitag, 14. Januar, 20 Uhr - Eintritt frei

**Das Vinyl wird gerettet**
Donnerstag, 20. Januar, 20 Uhr
Schallplattenabend - Eintritt frei

**16 bit – Konsolenabend**
Freitag, 21. Januar, 20 Uhr

**Konzert: Blues Alley**
Samstag, 22. Januar, 20 Uhr
Eintritt: 7 € / 5 €

**Quiz-Night**
Freitag, 28. Januar, 20 Uhr

## Unser Lexikon

**Schbrisch**

Der is zu bleed
e Loch in de
Schnee zu pisse.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de